wirtschaftlichen Rechnungsführung im Rahmen von Finanzplänen arbeiten und mit dem Staatshaushalt durch das Nettoprinzip verbunden sind, eine abweichende Regelung für die Finanzquellen festlegen. In diesem Falle finanzieren die Investitionsträger ihre Investitionen im Rahmen des Investitionsplanes in erster Linie aus eigenen Mitteln, und zwar in folgender Reihenfolge:

- a) Amortisationsanteile für Investitionen,
- b) Gewinne, deren Verwendung für Investitionen in den Finanzplänen festgelegt wird,
- c) Zuweisungen aus dem Staatshaushalt.

(4) Die Finanzierung von neu zu errichtenden Betrieben erfolgt bis zur Aufnahme der Produktion oder der Leistungen ausschließlich durch Zuweisungen aus dem Staatshaushalt.

(5) Der Planträger ist berechtigt, die nicht für Investitionen und Generalreparaturen bestimmten Amortisations- und Gewinnanteile der Betriebe seines Planbereiches im Rahmen des Finanzierungsdeckungsplanes entsprechend seinen Planaufgaben zu verteilen.

§ 14

Finanzplanung

(1) **Finanzierungsplan für Investitionen.**

Alle zur Bildung eigener Finanzquellen verpflichteten Investitionsträger haben auf der Grundlage ihres Amortisations- und Gewinnverwendungsplanes einen Finanzierungsplan für Investitionen entsprechend den Richtlinien der Deutschen Investitionsbank auf dem Vordruck 0761 auszuarbeiten, der mit dem im Investitionsplan vorgesehenen Wertumfang abschließen muß.

(2) **Finanzierungsdeckungspläne.**

Die Planträger der volkseigenen Wirtschaft haben für die im Laufe des Planjahres durchzuführenden Investitionen und Generalreparaturen Finanzierungsdeckungspläne auszuarbeiten. In diesen Plänen ist der Gesamtaufwand für Investitionen und Generalreparaturen dem Gesamtaufkommen aus eigenen Finanzquellen der Betriebe des Planbereiches und aus Haushaltszuweisungen gegenüberzustellen. Der Finanzierungsdeckungsplan ist der Zentrale der Deutschen Investitionsbank monatlich, spätestens am 10. des folgenden Monats, zu übergeben.

Das Ministerium der Finanzen hat Richtlinien für die Ausarbeitung der Finanzierungsdeckungspläne zu erlassen.

§ 15

Sonderkonten

(1) Alle Investitionsträger haben nach den Richtlinien der Deutschen Investitionsbank ein Investitions-Sonderkonto bei der Deutschen Investitionsbank zu errichten. An Orten, wo die Deutsche Investitionsbank nicht vertreten ist, sind die Sonderkonten bei der Deutschen Notenbank zu errichten. Bei Plansummen unter 20 000 DM ist die Deutsche Investitionsbank berechtigt, die Kontenführung für das Investitions-Sonderkonto dem kontoführenden Kreditinstitut des Investitionsträgers zu übertragen.

(2) Auf das Sonderkonto müssen bei den amortisationspflichtigen Investitionsträgern die für Inve-

Stationen vorgesehenen Zuführungen für jeden Monat, spätestens bis zum Ende des laufenden Monats, überwiesen werden.

(3) Die Investitionsträger dürfen über ihre Investitions-Sonderkonten nur entsprechend den Richtlinien der Deutschen Investitionsbank verfügen.

§ 16

Amortisations- und Gewinnverwendungsplan

(1) Alle amortisationspflichtigen Betriebe der volkseigenen Wirtschaft haben zum Betriebsplan am Beginn des Planjahres einen Amortisations- und Gewinnverwendungsplan (Plan 93) in drei- bzw. vierfacher Ausfertigung auszufüllen. Je eine Ausfertigung des Planes 93 ist der übergeordneten Verwaltungsstelle und der zuständigen Stelle der Deutschen Investitionsbank zu übergeben. Bei Sonderkontenführung für Investitionen oder Generalreparaturen durch die Deutsche Notenbank ist zusätzlich eine Ausfertigung der zuständigen Stelle der Deutschen Notenbank zu übergeben. Eine Ausfertigung verbleibt bei dem Betrieb.

(2) Die Übergabe des Amortisations- und Gewinnverwendungsplanes an die genannten Stellen hat bis zum 20. Januar zu erfolgen. Der Amortisations- und Gewinnverwendungsplan muß geändert werden, sobald eine Plansummenänderung des Investitionsplanes (Vordruck 0761) erfolgt.

(3) Das Ministerium der Finanzen erläßt Richtlinien für die Ausarbeitung des Amortisations- und Gewinnverwendungsplanes.

Amortisationen

(4) Die für Generalreparaturen bestimmten Amortisationsanteile sind auf das Sonderkonto des Generalreparaturträgers bei der Deutschen Notenbank zu überweisen (siehe § 31).

(5) Die für Investitionen vorgesehenen Amortisationsanteile sind bei amortisationspflichtigen Betrieben, die zur Bildung eigener Finanzquellen verpflichtet sind (siehe § 13), auf das Investitions-Sonderkonto des Investitionsträgers bei der Deutschen Investitionsbank oder bei Plansummen unter 20 000 DM bei der Deutschen Notenbank zu überweisen.

(6) Die nicht für Investitionen oder Generalreparaturen vorgesehenen Amortisationsanteile sind durch die amortisationspflichtigen Betriebe an die zuständige Stelle der Deutschen Investitionsbank zugunsten des jeweiligen Planträgers zu überweisen.

(7) Die Überweisungen in Höhe des monatlichen Amortisationsaufkommens, das sich aus dem Amortisations- und Gewinnverwendungsplan ergibt, sind jeweils bis zum Ende des laufenden Monats an die zuständigen Kreditinstitute vorzunehmen, soweit nicht für einzelne Wirtschaftszweige frühere Zahlungstermine festgelegt sind.

(8) Sofern die tatsächlichen Abschreibungen der amortisationspflichtigen Betriebe höher oder niedriger als die im Amortisations- und Gewinnverwendungsplan festgelegten Planraten sind, ist die auf den Quartalschluß folgende Rate entsprechend zu erhöhen oder herabzusetzen.